

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der antragstellenden Fraktion, Sie sagen, dass nicht genügend Personal da ist, dass die kommunale Finanzsituation nicht passt. Ich sage Ihnen ganz offen: Seit 2017 versuchen wir die Ausgabenreste in der Städtebauförderung zu verringern. Das bedeutet: Bewilligungsbescheide werden vor Ort nicht umgesetzt, weil man sich sehr zügig auf Projekte einlässt, Anträge stellt, der Bewilligungsbescheid kommt, aber dann hat man so viele Projekte vor Ort laufen, dass man sie nicht abarbeiten kann. Die Städte und Gemeinden wissen, dass sie von mir nur dann Geld bekommen, wenn die Ausgabenreste nicht ansteigen.

Wir haben im letzten Jahr bei mehreren Städten und Gemeinden schon Förderpausen eingelegt, weil wir gesagt haben: Arbeitet erst mal das ab, was ihr euch vorgenommen hat, bevor ihr Neues anfangt.

Das haben wir den Städten und Gemeinden zu Beginn dieser Woche in einem Hauptverwaltungsbeamtengespräch, das ich alljährlich führe, noch einmal deutlich gemacht. Das sind keine Entscheidungen gegen eine Stadt, sondern Entscheidungen für eine Stadt, damit man sich bei dem, was ein Rat, was eine Verwaltung, was eine Bürgerschaft in die Tat umsetzen will, fokussiert.

Dazu gehören auch vielfältige Maßnahmen im Innenstadtbereich. Wenn Sie sich die Städtebauförderprogramme ansehen, dann werden Sie feststellen, dass ein Großteil der Gelder, die wir zur Verfügung stellen, für Maßnahmen in Innenstädten gebraucht wird.

Insbesondere von dem landeseigenen „Sofortprogramm Innenstadt“ profitieren darüber hinaus viele Städte und Gemeinden, die mit viel einfacheren Ansätzen – es ist ein Landesprogramm, wofür ich immer werbe – an dieses Geld kommen können, um Transformationsprozesse zu begleiten.

Ich schaue hier einmal auf zwei Abgeordnete, nämlich die Landtagsabgeordneten Dr. Anette Bunse und Thomas Göddertz, die eigentlich Zeugnis davon ablegen können müssen, was das landeseigene „Sofortprogramm Innenstadt“ in ihrer Kommune bewirkt. Mit diesem Geld bewegen wir im Hansaviertel in Bottrop ungeheuer viel für die Innenstadt. Es gibt auch eine große Initiative der Stadt selber zusammen mit einem Investor, um dafür Sorge zu tragen, dass dieser Handelsstandort eine Zukunft hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Göddertz hat gedanklich mit applaudiert, ich habe es gesehen.

(Dr. Anette Bunse [CDU]: Ja, genau!)

Sie haben viele Punkte angesprochen; meine Redezeit ist leider um. Manchmal würde ich mich freuen, zu Themen eine Block-II-Debatte zu führen, weil sie sich lohnt.

Vieles von dem, was Sie ansprechen, ist auf Bundesebene zu regeln. Sie wissen, dass ich seit jeher für einen Innovationsraum Innenstadt im Bundesbaurecht werbe.

Sie sprechen Punkte an, bei denen Sie selbst in Nordrhein-Westfalen nicht klar sind, Stichwort „Technische Anleitung Lärm/Freiraum Lärm versus Innenstadtentwicklung“. Das müssen wir miteinander diskutieren, aber dazu haben wir jetzt leider keine Zeit mehr.

Nordrhein-Westfalen ist bei den Innenstädten wirklich auf einem guten Weg. – Herzlichen Dank und Ihnen ein schönes Wochenende.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, was auch so bleibt. Damit schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 3.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen empfiehlt in Drucksache 17/16247, den Antrag abzulehnen. Deshalb kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die antragstellende Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt gegen den Antrag? – Das sind CDU, FDP und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen gibt es wie angekündigt bei der SPD-Fraktion. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/14262** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

4 Stopp von 2G und Co. im Einzelhandel. Freiheit und Entschädigung für den stationären Einzelhandel!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16274

Ich eröffne die Aussprache. Wie Sie bereits gemerkt haben, beginnt die Aussprache für die AfD-Fraktion mit Herrn Kollegen Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Jahren beklagen Kommunalpolitiker, dass der Einzelhandel in den Städten leidet. Verstopfte Straßen sowie wenige und teure Parkplätze – all das lockt die Kunden nicht mehr in die Innenstädte. Stattdessen fahren die Menschen zu den großen Einkaufszentren oder kaufen online ein.

Mitten in dieser Entwicklung teilen Herr Wüst und Herr Stamp Geschäfte in virenverseuchte und virenbefreite ein und zwingen sie zu völlig unverständlichen Kontrollmaßnahmen. Man glaubt ja fast, man sei in einer Sperrzone. Ständig muss man Impfausweis, Personalausweis etc. vorlegen, ansonsten kommt man nicht mehr durch.

Für die zusätzlichen 2G-Maßnahmen gibt es bis heute keine wissenschaftliche Grundlage. Es gibt keine Beweise, dass der Einzelhandel ein relevanter Treiber der Pandemie ist. Aufgrund der Maßnahmen der Regierung aber bleiben nun die Kunden weg, was vor allen Dingen die Mitarbeiter und Inhaber kleiner Geschäfte betrifft.

In der letzten Woche hatten 23 % der Kunden keinen 2G-Status. Inzwischen sind es aber viel mehr, denn viele Genesene wurden in einer Wochenendaktion von Lauterbach und dem RKI entmündigt. Auch Personen, die mit Johnson & Johnson geimpft wurden, wurden über Nacht Grundrechte entzogen.

Nicht das Virus ist die Gefahr für unseren Einzelhandel, sondern die Landesregierung, die sich als Lobbyistin der Pharmakonzerne aufspielt. Mit Ihren Maßnahmen treiben Sie die Menschen in die Arme großer Internetkonzerne.

Staatliche Regeln sollen wirksam, verständlich und angemessen sein. Ihre Regeln sind es jedoch nicht. Wissen Sie, welchen Status Sie brauchen, wenn Sie ins Kino, zur Massage oder schlicht in den Baumarkt wollen?

(Der Redner hält eine Zeitung hoch.)

Vor einer Woche hat der Kölner Stadt-Anzeiger versucht, es in Bildern zu erklären. Vielleicht kennen Sie die Seite selbst: Diese Coronaregeln gelten für Sie.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Loose, Sie wissen genau, dass das Hochhalten von Abbildungen, Darstellungen usw. verboten ist. Ich hatte das gestern bereits Ihrer Kollegin gesagt und bitte Sie, das herunterzunehmen; sonst hat das Konsequenzen.

Christian Loose (AfD): Auf der linken Seite der gerade hochgehaltenen Grafik des Kölner Stadt-Anzeigers finden Sie die Geschäfte, zu denen Sie gehen möchten, auf der rechten Seite hätten Sie jetzt neun verschiedene Kombinationen von Impf- und Genesenstatus gesehen. Zum Friseur dürfen andere Leute als ins Kino und in die Kneipe wieder andere als ins Schwimmbad. Die Menschen blicken einfach nicht mehr durch.

Diese Liste ist inzwischen auch veraltet. In der letzten Woche hatten Sie noch Rechte, wenn Sie seit fünf Monaten genesen waren. In dieser Woche sind Sie

damit praktisch vogelfrei. Sie können diese Zeitung also getrost in den Müll werfen.

(Der Redner zerknüllt die Zeitung. – Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Och, ich wollte die doch haben!)

Wie es mit Johnson & Johnson weitergeht, weiß auch niemand. Ist es überhaupt noch etwas wert, einmal mit Johnson & Johnson geimpft zu sein, oder nur dann, wenn man genesen ist, oder auch dann nicht? Das versteht schlicht kein Mensch mehr.

Weil die Menschen das nicht mehr verstehen, kaufen Sie im Internet oder bei den großen Warenhäusern. Bei real darf jeder eine Jeans oder einen Fernseher kaufen, aber wehe, Sie wollen diese Jeans bei H&M oder den Fernseher bei Media Markt kaufen. Das dürfen Sie nur, wenn Sie zu den Menschen mit den vollwertigen Grundrechten und dem richtigen G-Status gehören. Wer aber diese vollwertigen Grundrechte gerade besitzt, weiß eigentlich keiner so genau.

(Helmut Seifen [AfD]: Das weiß niemand!)

Das Virus ist auch nicht überall gleich schlimm. In Osnabrück, also in Niedersachsen, ist der Besuch im Baumarkt frei, in Münster aber nicht – wie 30 km ein solches Virus doch verändern können.

Einzig Gerichte stoppen die Regierenden, alleine zweimal in dieser Woche. Im Saarland und in Baden-Württemberg kippten die Gerichte die 2G-Regel im Einzelhandel. Diese Entscheidungen zeigen, dass Freiheit noch möglich ist. So appelliert der Geschäftsführer des Handelsverbands Deutschland in dieser Woche – ich zitiere –:

„Ich erwarte von der Politik den Mut dazu, Erfahrungswerte sowie Fakten anzuerkennen und eine schlechte Regelung auch wieder zurückzunehmen.“

Das ging auch an Sie, Herr Laumann.

Ich appelliere nun aber an Sie, liebe Abgeordnete: Hören Sie auf, die Kunden weiter in die Arme der großen Onlinekonzerne zu treiben. Lassen Sie uns gemeinsam den Handel in den Innenstädten stärken und die Händler für die bisherigen Kosten der unangemessenen Kontrollmaßnahmen entschädigen. Stimmen Sie für die Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger und der Einzelhändler. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Loose.

(Christian Loose [AfD]: Brauchen Sie die Zeitung für irgendetwas?)

– Nein.

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Kehrl das Wort.

Oliver Kehrl (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Gesprochen hören sich AfD-Anträge meistens schlimmer an als gelesen; das muss man leider auch in diesem Fall wieder sagen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich möchte vorausschicken, dass Nordrhein-Westfalen die Herausforderungen der vierten Welle weit besser als die Mehrzahl der anderen Bundesländer meistert. Nordrhein-Westfalen steht verhältnismäßig sehr gut da, was unserer erfolgreichen Impfkampagne geschuldet ist. Wir stehen auf Platz eins der großen Flächenländer: Rund 76 % sind bereits vollständig geimpft.

Die Zahlen in den Krankenhäusern sind aber in den letzten Wochen um 50 % angestiegen. Wir hoffen, dass es bei leichten Verläufen bleibt. Es sind zwar weniger schwere Verläufe, aber wir müssen uns natürlich auch die aktuelle Situation anschauen.

Vor allem bei immunisierten, bei geimpften Patienten sind die Verläufe mild. Das versteht die AfD auch an dieser Stelle nicht: Impfen hilft. Genau das ist der Weg aus der Krise.

(Beifall von der CDU und der FDP – Helmut Seifen [AfD]: Das ist doch Quatsch!)

Wir haben erfolgreich gehandelt. Wir versuchen, den Gesundheitsschutz sowie die Rechte der Kaufleute und des Einzelhandels gegeneinander abzuwägen. Das ist ein schwieriger Prozess, aber bei über 200.000 Neuinfektionen am Tag ist die Politik gefordert, umsichtig und vorsichtig vorzugehen.

2G haben wir in Museen, Kinos und im Einzelhandel, in der Gastronomie haben wir 2G plus. Das alles sind Maßnahmen, die in der derzeitigen Phase mit Sicherheit hilfreich sind.

Sie haben recht, dass der stationäre Einzelhandel kein Infektionstreiber ist, aber es geht selbstverständlich um die Pooleffekte, die der Einzelhandel auslösen kann. An dieser Stelle war die Maßnahme mit Sicherheit richtig initiiert.

Wir haben es mit umsichtiger Politik verstanden, die Omikron-Welle zu verzögern. Darum geht es aktuell. Damit haben wir wertvolle Zeit gewonnen, um die Doppelbelastung in Krankenhäusern durch Delta und Omikron zu verhindern.

Das sind temporäre Maßnahmen, die sich mit Blick auf das Infektionsgeschehen in Nordrhein-Westfalen auszahlen. Sie dürfen aber kein Dauerzustand sein. NRW wird mit den Arbeiten für ein umsichtiges Zurückfahren der Schutzmaßnahmen beginnen, wenn wir in den nächsten Tagen und Wochen die Über-

forderung des Gesundheitssystems absehbar ausschließen können. So hat es der Ministerpräsident am Mittwoch hier im Landtag gesagt.

Die Menschen und gerade auch der Einzelhandel brauchen eine Perspektive für eine schrittweise Rückkehr zur Normalität. Wir wissen, dass viele Unternehmer, Selbstständige und auch deren Arbeitnehmer um ihre Existenz kämpfen, besonders im Einzelhandel.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Dazu brauchen wir aber auch – das ist auch Teil der Wahrheit – von der Ampel und von Wirtschaftsminister Habeck rasche Klarheit über die Wirtschaftshilfen und eine frühzeitige Entscheidung über die Fortsetzung des Kurzarbeitergeldes bis zum 31. März.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Den jetzigen Zustand kann keine Wirtschaftsbranche auf Dauer aushalten. Das ist völlig klar. Da, wo Hilfe benötigt wird, steht NRW mit seinen Landesprogrammen bereit, und wir haben bei der Soforthilfe die Fristen für die Rückzahlung bis 2023 verlängert. Das sichert zunächst einmal Liquidität.

Wir nehmen die Sorgen der Einzelhändler, Mittelständler und Großunternehmen tatsächlich ernst. Ich bin persönlich seit zwei Jahren eigentlich täglich oder wöchentlich im Gespräch mit den betroffenen Branchen, mit den einzelnen Unternehmen, um Politik auch vor Ort zu erklären. Ich denke, das unterscheidet unseren Politikansatz von der AfD.

(Helmut Seifen [AfD]: Nein!)

So macht man Politik.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Thorsten Schick [CDU] – Helmut Seifen [AfD]: Ja!)

Uns ist klar: Wir wollen die 2G-Regelung so schnell wie möglich obsolet machen. Das möchte ich ganz klar sagen. Es ist Aufgabe für die nächste Ministerpräsidentenkonferenz und für die Bundesregierung, ein Szenario zu entwickeln, wie wir an dieser Stelle zur Normalität zurückkommen.

(Beifall von Thorsten Schick [CDU] – Christian Loose [AfD]: Das Land kann entscheiden!)

Die AfD verwechselt hingegen Pandemie mit Panikmache.

(Helmut Seifen [AfD]: Ah!)

Sie verbreiten fortgesetzt Fake News über das Coronavirus und dessen Folgen. Damit machen Sie unsere Impfkampagne an vielen Stellen noch schwieriger, als es in vielen Milieus und Branchen schon ist.

(Beifall von der FDP und von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es ist also Vorsicht geboten, und Entscheidungen, die dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung tragen, sind angesagt. Aber den Alarmismus, den Sie von der AfD hier themenübergreifend verbreiten, sollten Sie sein lassen. Ihre Forderungen sollen spalten. Sie haben nichts mit verantwortungsvoller Politik zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kehrl. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bell.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Debatten der letzten zwei Tage und auch heute verfolgt, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass, je näher der Wahltermin rückt, die Auseinandersetzung über bestimmte Themen immer radikaler wird.

Wir haben heute Morgen einen denkwürdigen Auftritt des Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses in diesem Hohen Haus erlebt. Ich habe noch nicht erlebt, dass ein Vorsitzender eines Wissenschaftsausschusses in diesem Hohen Haus von Gefälligkeitswissenschaftlern gesprochen hat.

(Beifall von der SPD und der CDU und Josefine Paul [GRÜNE] – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Herr Seifen, ich will an dieser Stelle sehr deutlich machen, dass ich in dieser Frage von Ihnen vor dem nächsten Wissenschaftsausschuss eine Klarstellung persönlicher Art erwarte. Das ist Ihrer Rolle sowie des Hohen Hauses unwürdig.

(Beifall von der SPD und der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP und den GRÜNEN)

Ich möchte hier meinem geschätzten Kollegen Kehrl widersprechen. Ich persönlich finde nicht, dass sich dieser Antrag gelesen nicht ganz so schlimm wie anhört wie gesprochen. Man muss sehr genau lesen, um ein Stück weit auch das Wording zu demaskieren, das vonseiten der AfD aktuell genutzt wird.

Was fordert die AfD, was wir heute hier beschließen sollen? – Unter anderem sagt sie, der Landtag möge feststellen:

„Eine Impfpflicht durch die Hintertür stellt eine Nötigung von Millionen freiwillig ungeimpfter Menschen dar.“

Die Nötigung ist nach § 240 Strafgesetzbuch ein Straftatbestand. Wenn dieser Landtag es beschließen würde, wie Sie, Herr Loose, es fordern, hätten wir die Situation, dass der Landtag grünes Licht für den besonders schweren Tatbestand geben würde, dass Amtsträger ihre Befugnisse oder ihre Stellung

missbrauchen. Genau das ist das Ziel Ihres Antrages.

(Lachen von Christian Loose [AfD])

Ihnen geht es überhaupt nicht um den Einzelhandel. Ihnen geht es darum, Amtsträger, die verantwortlich ihrer Arbeit nachgehen und in Verantwortung für die Menschen in diesem Land arbeiten, in einen strafrechtlich relevanten Zusammenhang zu ziehen und zu diskreditieren.

(Beifall von der SPD und der FDP und von Oliver Kehrl [CDU])

Deswegen sage ich: Es ist schlichtweg inakzeptabel, und es ist unanständig, was in diesem Antrag formuliert worden ist.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP)

Ich bleibe auch dabei: Eine Formulierung wie diejenige, dass Regierende sich zu Lobbyisten der Pharmakonzerne machen würden – das war vorhin Ihr O-Ton in der Debatte – ist nichts anderes als der Versuch, Amtsträger zu diskreditieren und sie zum Abschluss freizugeben.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ich sage das so deutlich, weil ich meine, dass das Wording, das wir zurzeit auch auf Demonstrationen erleben, sich mittlerweile auch in Plenardebatten und in Ihren Anträgen wiederfindet. Sie verletzen in diesem Hohen Hause Grenzen, die aus meiner Sicht nicht verletzt werden dürfen. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Ihnen geht es überhaupt nicht um den Einzelhandel.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Ihnen geht es null um den Einzelhandel in den Städten. Ihnen geht es nur darum, ein radikales Umfeld anzuheizen und Stimmung zu erzeugen, um davon zu profitieren.

Ich bin jetzt seit zwölf Jahren in diesem Hohen Haus, und ich werde im Mai ausscheiden.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Das können Sie ja begrüßen, Herr Loose. Das ist mir, ehrlich gesagt, egal.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ja!)

Ich habe in diesem Hohen Hause mehrere Parteien erlebt, die zum Ende von Legislaturperioden geglaubt haben, Radikalisierung würde helfen, sich wieder ins Parlament zu retten – ob die Linken 2012 oder die Piraten 2017.

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Genau!)

Mit dem Stil und mit der Art und Weise Ihrer aktuellen Kommunikation sind Sie auf dem besten Wege, den

Einzug in den Landtag zu reißen. Gönnen würde ich es Ihnen von Herzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bell. – Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion. Herr Seifen wird diese durchführen. Bitte schön.

Helmut Seifen (AfD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Herr Bell, jetzt gönnen wir uns ja alles Mögliche. Ich schätze Sie persönlich in Ihrer Arbeit im Wissenschaftsausschuss und hätte mich gefreut, wenn Sie weitermachen, aber so ist es nun mal im Leben.

Sie sprechen mich in den letzten Jahren ja immer dann als Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses an, wenn Ihnen etwas nicht passt und Sie keine Argumente haben. Dann muss ich immer mit meiner Position herhalten.

Erstens. Ich denke, Sie müssen auch zugestehen, dass ich mich in meiner Rolle als Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses völlig korrekt und tadellos verhalte.

Zweitens. Ich bin auch gleichzeitig Sprecher für Wissenschaft. Da müssen Sie mir schon zugestehen, dass ich mir Sorgen mache, wenn ich im Fernsehen oder im Radio Wissenschaftler höre, die genau das sagen, was Politiker hören wollen, aber keine wissenschaftlichen Argumente bringen, und wenn außerdem im öffentlichen Rundfunk und in den Medien nur Wissenschaftler zu Wort kommen, die genau diese Coronaerzählung bedienen. Wenn andere, die oft zehn, zwanzig Jahre lang hochrangig und in Regierungsberatungsgremien waren, Institute geleitet haben, sich kritisch äußern, dann werden sie als Schwurbler oder so etwas bezeichnet. Das sind Respektlosigkeiten.

Dann muss ich als jemand, der für die Wissenschaft brennt, meine Stimme erheben, und als Sprecher für Wissenschaft – nicht als Vorsitzender – muss ich mir schon die Meinung erlauben dürfen, dass ich sage: Diese Wissenschaftler nehmen möglicherweise ihre Vorstellung, nach der Wahrheit zu suchen, nicht ganz so ernst, sondern sie geben den Politikern die Vorlagen, die diese brauchen, um hier im Parlament ihre Argumente darzulegen.

Sie haben jetzt in Ihrer Rede ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Stopp! Jetzt sind wir am Ende der Redezeit. – Herr Bell, Sie haben das Wort für eine Antwort oder Reaktion. Bitte schön.

Dietmar Bell (SPD): Herr Seifen, ich bin sehr dankbar für Ihr Kurzintervention, denn sie demaskiert Sie und Ihr Verhältnis zur Wissenschaft gnadenlos.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich werde diese Äußerung in der Wissenschaftscommunity verbreiten, weil Sie sich damit aus meiner Sicht als Ausschussvorsitzender des Wissenschaftsausschusses disqualifiziert haben.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank. – Als nächster Redner spricht für die FDP-Fraktion Herr Bombis.

Ralph Bombis* (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Auch wenn wir alle wissen, dass die AfD solche Anträge wie den vorliegenden nicht stellt, um die Debatte zu bereichern,

(Lachen von Helmut Seifen [AfD])

sondern nur, um auf Kosten der Menschen billige Polemik zu betreiben,

(Zuruf von der AfD)

werde ich natürlich dazu Position beziehen.

(Zurufe von Helmut Seifen [AfD] und von Christian Loose [AfD])

Ich möchte gerne das, was Kollege Bell eben zur Demaskierung Ihrer Sprache gesagt hat, noch einmal sehr deutlich unterstreichen und mich dem völlig vorbehaltlos anschließen.

Ich will zunächst deutlich sagen, dass wir als Freie Demokraten uns weiterhin sehr klar in der Frage der richtigen Strategie in dieser Pandemie positionieren werden.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir werden unsere Position vor dem Hintergrund der sich entwickelnden Lage immer wieder überprüfen und mit den anderen konstruktiven Fraktionen um den richtigen Ausgleich zwischen Vorsicht und Gesundheitsschutz einerseits und Freiheit und Grundrechten andererseits ringen. Das ist unsere Verantwortung als Demokraten in diesem Haus.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Die steigenden Infektionszahlen zeigen: Die Omikron-Welle hat uns voll erwischt. Glücklicherweise deutet die aktuelle Datenlage darauf hin, dass sich die schweren Krankheitsverläufe stärker als bisher von den Inzidenzen entkoppeln. Wenn die Hospitalisierungsrate und die Anzahl der schweren Verläufe zurückgehen, werden wir auch die Verhältnis-

mäßigkeit unserer Maßnahmen immer wieder überprüfen müssen. Auch das ist unsere Verantwortung.

Wir haben uns als Freie Demokraten bereits positioniert, dass wir einen Kurswechsel wollen

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

und dass Freiheitsbeschränkungen stets gut begründet und im Lichte neuer Entwicklungen auch neu bewertet werden müssen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir wollen im Einzelhandel weg von der 2G-Regelung. Das ist korrekt.

(Helmut Seifen [AfD]: Ah!)

Dafür brauchen wir aber keine

(Christian Loose [AfD]: Brauchen Mehrheiten!)

polemischen Anträge. Der Einzelhandel – auch das hat Kollege Kehrl bereits betont – ist kein Pandemietreiber, und nach einer neuen Studie schließt das Tragen von FFP2-Masken – so viel übrigens an die Herren der AfD zu den FFP2-Masken, die Sie immer despektierlich als Kaffeefilter oder so bezeichnen –

(Helmut Seifen [AfD]: Filtertüten!)

bei einer bis zu 20-minütigen Begegnung eine Infektion nahezu vollständig aus. Das ist der richtige Weg. Das ist die notwendige Vorsicht,

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

um dann zu kontrollieren und möglicherweise Maßnahmen anpassen zu können.

Eine Modellierungsstudie der Humboldt-Universität zu Berlin hat auch gezeigt, dass Ungeimpfte durchschnittlich an acht von zehn Infektionen beteiligt sind. Damit tragen Ungeimpfte zum Infektionsgeschehen überproportional bei. Auch diesem Umstand müssen wir Rechnung tragen.

Deswegen gelingt der Übergang von der pandemischen zu endemischen Lage nur, wenn die Zahl der Geimpften in der Bevölkerung steigt. Deswegen bleibt das Impfen der beste und sicherste Weg. Die deutsche Booster-Kampagne steht mit ihrem Erfolg bisher beispiellos in Europa da. Das ist auch gut so, aber das darf uns nicht dazu bringen, dass wir in unseren Anstrengungen nachlassen.

Weil auch ein vollständiger Impfschutz keine Infektionen vollständig ausschließt, ist es richtig, verantwortbare Maßnahmen immer wieder neu zu diskutieren, zu überprüfen und anzupassen. Sie leisten dazu aber nun wirklich überhaupt keinen konstruktiven Beitrag. Sie sind nur an Populismus, Spaltung und alternativen Fakten interessiert, um die Menschen zu verunsichern und bei Querdenkern, Radikalen und Impfgegnern auf Stimmenfang zu gehen. Was Sie

hier betreiben, ist blanker Populismus, und Sie schrecken dabei auch vor Unwahrheiten nicht zurück.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Sie reden – Kollege Bell hat es gesagt – von angeblicher Nötigung; von Diskriminierung durch die Regierenden. Das ist blanker Populismus, und das ist gefährlich! Sie fordern pauschal Entschädigungen. Das ist blanker Populismus. Ihre Behauptung, Impfungen stünden im Zusammenhang mit Tausenden Todesopfern, ist blanker Populismus und inhaltlich total falsch. Das ist die Unwahrheit.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Das ist vermutlich vor dem Hintergrund der Notwendigkeit der Impfung für den Gesundheitsschutz der gesamten Bevölkerung und gerade der vulnerablen Gruppen die perfideste und gefährlichste Aussage, die Sie hier immer wieder treffen.

Die vorhandenen Impfstoffe sind milliardenfach eingesetzt worden. Sie haben sich als sicher erwiesen. Das müssen wir hier immer wieder festhalten. Davon müssen wir die Menschen überzeugen, die immer noch Zweifel und Sorgen haben. Aber wer in diesem Stadium immer noch so argumentiert – das muss in aller Klarheit gesagt werden –, muss auch die Verantwortung für das Leid der Menschen übernehmen, die immer noch von einem schweren Verlauf betroffen sind. Und das sind Sie, die Damen und Herren von der AfD.

(Beifall von der FDP, der CDU, René Schneider [SPD] und Josefine Paul [GRÜNE])

Wir stehen weiterhin dafür, die aktuelle Lage immer wieder zu überprüfen und zu hinterfragen. Wir ringen mit den anderen demokratischen Fraktionen gerne um den richtigen Weg.

Wichtig ist und bleibt, dass die Maßnahmen für die Menschen klar und nachvollziehbar sind. Wenn Freiheit möglich ist, müssen wir uns auch dafür einsetzen und Beschränkungen fallen lassen, aber nicht populistisch, nicht polemisch und nicht gefährlich, wie es die AfD immer wieder tut. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU, René Schneider [SPD] und Josefine Paul [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bombis. – Nun hat Herr Remmel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! In Abwandlung eines bekannten Sprichwortes würde ich in Richtung des Einzelhandels sagen: Wehe denen, die solche Freunde haben –

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP – Helmut Seifen [AfD])

oder auch solche Freundschaften schließen wollen; ich glaube, das ist der eigentliche Impuls. Sie wollen sozusagen Ihr Spektrum erweitern, indem Sie sich dem Einzelhandel wegen seiner berechtigten Sorgen an den Hals werfen.

(Helmut Seifen [AfD]: Sie wollen ausgrenzen!)

Man muss hier die Differenzierung und die Frage stellen, ob Sie überhaupt berechtigt sind, in dieser Frage mitzudiskutieren. Ich meine, das sind Sie nicht.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Das entscheiden nicht Sie!)

Nein, Sie stehen außerhalb eines Konsens, bei dem man sich darüber Gedanken macht, den Gesundheitsschutz in den Mittelpunkt der Anstrengungen in einer Pandemie zu stellen.

(Helmut Seifen [AfD]: Wir auch!)

Sie glauben, dass der Gesundheitsschutz überhaupt nicht nötig ist. Sie leugnen die Gesundheitsgefahr.

(Helmut Seifen [AfD]: Fragen Sie doch mal die psychologischen Praxen! – Christian Loose [AfD])

Das ist es, was eigentlich zu diskutieren ist.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Im Übrigen ist auch sehr entlarvend, dass Sie nicht auf die aktuelle Rechtsprechung hinweisen. Ich will das an dieser Stelle tun. Bei aller Sorge um den Einzelhandel hat es bereits im Dezember eine Entscheidung des OVG gegeben, in welcher die Maßnahme als gerechtfertigt angesehen worden ist, insbesondere im Zusammenhang mit der Impfkampagne.

Ich will an dieser Stelle auch abschließen; denn ist schon von allen Vertreterinnen der anderen Fraktionen ausreichend auf Ihre politische Absicht hingewiesen worden. Sie instrumentalisieren den Einzelhandel, um die Frage zu stellen, die eigentlich an Sie zu stellen wäre. Aber Sie geben da ja grundsätzlich keine Antwort.

Im Kern geht es darum, von Anfang an Kontaktbeschränkungen so zu implementieren, dass möglichst wenige Kontakte entstehen. Das ist Ziel der ganzen Veranstaltung: Kontakte reduzieren, Kontakte reduzieren, Kontakte reduzieren.

Wenn Sie diese Maßnahme nicht wollen, dann müssen Sie, wenn Sie sich ernsthaft an der Diskussion beteiligen wollen, sagen, wo Sie es denn sonst wollen. Das tun Sie aber nicht, weil Sie generell keine Maßnahme zur Kontaktreduzierung wollen. Deshalb meine ich, dass Sie jedes Recht verwirkt haben, an dieser Debatte überhaupt teilzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rammel. – Nun hat die Landesregierung das Wort. Es spricht Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten gestern der offiziellen Statistik zufolge 46.500 Neuinfektionen in Nordrhein-Westfalen. Das ist eine Anzahl an Infektionen an einem Tag, die wir uns Ende November, Anfang Dezember noch gar nicht vorstellen konnten. Deswegen müssen wir natürlich genau hinschauen: Welche Rolle spielen Inzidenzen, und wie ist die Situation im Gesundheitswesen?

Im Gesundheitswesen sieht es zurzeit so aus – das sind die Zahlen, die zumindest mich als Gesundheitsminister am meisten interessieren –, dass wir in Nordrhein-Westfalen rund 3.300 Menschen wegen oder mit dieser Erkrankung in unseren Krankenhäusern haben. Das sind 900 mehr als vor einer Woche. Wir haben, Gott sei Dank – darüber bin ich ganz glücklich –, keine großen Bewegungen bei der Belegung der Intensivstationen.

Es ist richtig, was Herr Rammel gesagt hat: Die Pandemie kann man nur durch Kontaktbeschränkungen und durchs Impfen eingrenzen. Ich will nur sagen: Wer wenig Kontaktbeschränkungen haben will, sollte uns unterstützen, damit wir eine hohe Impfquote hinkriegen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Je höher die Impfquote ist, desto mehr Möglichkeiten haben wir auch in dieser Frage.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Weil die ja so toll hilft, die Impfung!)

– Sie hilft auf jeden Fall erheblich dabei, dass man weniger Leute ansteckt,

(Dr. Christian Blex [AfD]: Quatsch!)

und sie sorgt erheblich für schwächere Krankheitsverläufe – beides.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Dann gibt es einen weiteren Punkt. Wir haben heute Morgen in der Aktuellen Stunde wieder alle bekräftigt, dass es absolute Priorität hat, dass die Schule funktioniert. Wenn wir keine Kontaktbeschränkungen bei Schülerinnen und Schülern wollen, dann kann man nicht bei jeder anderen Gruppe, für die wir eine

Kontaktbeschränkung vorsehen, sagen: Da geht es aber auch nicht.

Da müssen wir uns schon entscheiden. Zu sagen, die Schule hat absoluten Vorrang vor allen anderen, heißt auch, dass ich woanders bereit sein muss, Kontaktbeschränkungen mitzutragen, wenn ich sie im Bereich „Schule“ nicht will. In den ersten Phasen der Pandemie haben wir eher Kontaktbeschränkungen über Kinder gemacht als zum Beispiel über den Handel.

Ein weiterer Punkt ist mir sehr wichtig. Wenn wir uns die Inzidenzen in Nordrhein-Westfalen mal nach Altersgruppen anschauen – ich will das hier nur mal ganz sachlich sagen –, zeigt sich dass wir zurzeit bei den 20- bis 39-Jährigen eine Inzidenz von knapp 1.500 haben. Sie liegt also um etwa 500 Punkte höher als in der Gesamtbevölkerung. Und Gott sei Dank haben wir bei den 80-Jährigen nur eine Inzidenz von 241.

Jetzt ist die große Sorge für das Gesundheitssystem: Wird über die Jüngeren die Ansteckung in die Familien getragen, sodass es bei den Älteren auch zu hohen Inzidenzen und Ansteckungszahlen kommen? – Viele Fachleute sagen: wenn das passiert, dann werden wir auch wieder eine andere Problematik auf den Intensivstationen haben.

(Christian Loose [AfD]: Das ist typisches Ängste-Schüren, was Sie da machen!)

Das muss man eben im Auge haben. Deswegen finde ich es richtig, dass wir zurzeit vorsichtig bleiben. Das sehe ich genauso, wie es heute schon andere Redner gesagt haben. Wenn wir eine gewisse Gewissheit haben – so will ich es mal sagen –, dass sich die Omikron-Variante nicht erheblich auf unsere Intensivstationen auswirkt,

(Dr. Christian Blex [AfD]: Hat man in Dänemark schon! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Guck dir mal die Impfquote in Dänemark an!)

dann wird die Landesregierung selbstverständlich auch mögliche Spielräume nutzen, wie wir es während der gesamten Pandemie getan hat.

Auf einen Punkt lege ich auch Wert.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Ihr habt ja nicht mal richtige Zahlen! – Unruhe – Glocke)

Wenn Sie sich anschauen, wie Nordrhein-Westfalen auch wirtschaftlich bis jetzt durch diese Krise gekommen ist,

(Zuruf von Christian Loose [AfD] – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ihr seid unverantwortlich!)

wenn man sich einfach mal die Arbeitsmarktzahlen in Nordrhein-Westfalen anschaut,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

dann kann ich Ihnen nur sagen: Nordrhein-Westfalen ist auch in wirtschaftlicher Hinsicht nicht so schlecht durch die Krise gekommen. Vielleicht hat das auch etwas mit Augenmaß in der Coronapolitik unseres Landes zu tun. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Laumann. – Nun hat sich für die AfD noch einmal Herr Loose zu Wort gemeldet.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Will noch jemand Pizza bestellen?)

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Minister, fast ganz Israel ist vierfach geimpft und hat trotzdem mit die höchsten Inzidenzen. Wer diese Fakten ignoriert, ist als Gesundheitsminister falsch aufgehoben.

(Beifall von der AfD)

Herr Bombis, Sie haben es doch in NRW in der Hand, die Fesseln für den Einzelhandel zu lösen. Ihr Minister, Herr Stamp, sagte am Wochenende – ich zitiere –: „Die 2G-Regel ist im Handel nicht mehr haltbar.“

Sie stellen hier weder einen Änderungsantrag noch einen Entschließungsantrag, um den Einzelhandel zu stärken. Da zeigt sich wieder: Bei der Presse behaupten Sie, Sie wünschten Freiheit, und im Plenum, wo es doch darauf ankommt, schränken Sie die Freiheit der Bürger ein. Dieses Verhalten, Herr Bombis, ist blanker Populismus.

(Lachen von Ralph Bombis [FDP])

Das ist gefährlich. Und gefährlich ist es auch, die Impfschäden zu leugnen.

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Impfschadensleugner sind verantwortlich für weitere Impftote. Da werden dann aus Biedermännern Brandstifter, und das ist brandgefährlich für die Demokratie. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Ralph Bombis [FDP] – Zurufe von der AfD – Gegenrufe von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Jetzt fahren wir die Erregung wieder ein bisschen runter und kommen zur Abstimmung.

Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die AfD-Fraktion stimmt zu. Das war anzunehmen. Wer stimmt dagegen? – Alle anderen Fraktionen sind gegen diesen Antrag. Gibt es Enthaltungen? – Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Fortgesetzt Zurufe von der AfD – Gegenrufe von CDU und FDP – Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Herr Loose! Lassen Sie uns mal zur Ruhe kommen. Wir sind doch schon beim nächsten Tagesordnungspunkt.

(Christian Loose [AfD]: Entschuldigung!)

Ich rufe auf:

5 Innovationsland NRW: Intelligente Spezialisierung und konsequente Zukunftsorientierung möglich machen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16283

Das ist mal ein Thema. Ich eröffne die Aussprache. Es spricht Herr Schick für die CDU-Fraktion.

Thorsten Schick^{*)} (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, Sie haben völlig recht, das ist ein Thema, über das wir sprechen müssen; denn Wohlstand und internationale Wettbewerbsfähigkeit hängen stark von der technologischen Innovationsfähigkeit eines Landes ab.

Dieser Trend verstärkt sich durch die zunehmende Internationalisierung und Globalisierung. Der weltweite Konkurrenzdruck zwingt zu Fortschritten bei Hochtechnologiegütern und -lösungen.

Die Bedeutung von Innovationen geht aber weit über den wirtschaftlichen Aspekt hinaus. Das hat gerade die Coronapandemie deutlich gemacht. Mit der schnellen Entwicklung des mRNA-Impfstoffes konnten weltweit unzählige Menschenleben gerettet werden. Ohne medizinische Innovationen wären wir der Pandemie noch heute schutzlos ausgeliefert, auch wenn es jetzt natürlich wieder reflexartige Bemerkungen der AfD gibt.

Weitere weltweite Herausforderungen werden wir nicht ohne Innovationen stemmen können. Die Erreichung der Klimaziele ist nur ein Beispiel. Auch hier sind Fortschritt und technische Innovationen erforderlich.

In Nordrhein-Westfalen haben wir unterschiedliche Regionen mit ganz eigenen Stärken: die großen Städte mit starken DAX-Unternehmen und Exzellenzuniversitäten an Rhein und Ruhr oder die starken Mittelstandsregionen in Ost- und gerade auch Südwestfalen. Sie alle sind allerdings auf neue Ideen angewiesen, damit ihre Unternehmen auch in der Zukunft noch erfolgreich arbeiten können.

Die letzte Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovationen hat Anlass zu Optimismus gegeben. In den Berichten der Landesregierung und der unabhängigen Experten wurde deutlich, dass wir in Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg sind. Die Gründerszene, die Innovationen vorantreibt, ist deutlich dynamischer und breiter geworden. Nordrhein-Westfalen schiebt sich auch weiter nach vorne, wenn es beispielsweise um die viel beachtete Start-up-Szene geht.

Diese Entwicklungen sichern Zukunft. Begleitet wird sie durch zwei positive Effekte, die ich gerne herausstreichen möchte. Wir haben auch viele Innovationen im sozialen und ökologischen Bereich. In einem Bundesland, das auch in diesen Feldern vor großen Herausforderungen steht, finde ich das sehr erfreulich. Wir begrüßen das ausdrücklich; denn auch diese Innovationen haben einen großen Mehrwert für die Gesellschaft.

Die zweite erfreuliche Entwicklung ist, dass in Nordrhein-Westfalen deutlich mehr Frauen gründen und damit auch Innovationen vorantreiben als in anderen Bundesländern. Ihr Anteil ist noch zu gering; das stimmt. Aber die Entwicklung zeigt hier deutlicher nach oben als in anderen Bundesländern.

Auch deshalb ist es unser Ziel, den Anteil von weiblichen Gründungen in den kommenden Jahren mithilfe von unterschiedlichen Instrumenten zu steigern. Wir wollen Unternehmensgründungen durch Frauen im Hochschulumfeld vorantreiben. Es soll ein Female Incubator zur Förderung weiblicher Hochschulgründungen aufgesetzt werden. Wir wollen ein Mentoring-Netzwerk etablieren.

Die erreichten Erfolge sind nicht vom Himmel gefallen. Die Landesregierung und die NRW-Koalition haben intensiv dafür gearbeitet, das vorhandene Ökosystem zu festigen und weiterzuentwickeln. Wir haben beachtliche Strukturen. Genannt seien hier die Kompetenzplattform KI.NRW, das Technologie-Netzwerk „it's OWL“, das Spitzencluster Industrielle Innovationen „SPIN“, die Forschungsfertigung Batteriezelle in Münster, das Helmholtz Institut für Wasserstoff in Jülich und das nationale Wasserstoffmobilitätszentrum in Düsseldorf. Es gibt noch viele weitere Strukturen mehr.

Auf Antrag der NRW-Koalition werden Gründerinnen und Gründer unter anderem mit der Errichtung der digitalen Plattform „Impact.NRW“ sowie durch die NRW-BANK, Schulungen und Workshops auf dem Weg unterstützt.

Dennoch dürfen wir uns trotz der Erfolge nicht zurücklehnen. Die erreichten Erfolge müssen immer wieder evaluiert werden. Grundlage zukünftiger Innovationsförderung ist unter anderem die Regionale Innovationsstrategie NRW. Der Status quo und die Stärken unseres Bundeslandes aus dem Innovationsbericht geben hier zusätzlich die Richtung vor.